

Die Welt verliert durch die Konzentration von Land in die Hände reicher und mächtiger Bodenspekulanten und Agrarindustriekonzerne schnell Farmen und Landwirte. Kleinbauern und Kleinbäuerinnen werden kriminalisiert und sogar zum Verschwinden gebracht, wenn es um den Kampf um Land geht. Sie sind ständig der systematischen Vertreibung ausgesetzt.

2014 stellte das Oakland-Institut fest, dass institutionelle Investoren, darunter Hedge-Fonds, Private Equity und Pensionsfonds, darauf erpicht sind, das globale Agrarland als neue und höchst wünschenswerte Anlageklasse zu nutzen. Finanzielle Renditen sind das, worauf es diesen Körperschaften ankommt, nicht die Ernährungssicherheit.

Denken Sie an die Ukraine. Die Organisation Grain stellte fest, dass im Jahr 2014 Kleinbauern in diesem Land 16% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten, aber auch 55% der landwirtschaftlichen Produktion lieferten: 97% der Kartoffeln, 97% des Honigs, 88% des Gemüses, 83% des Obstes und der Beeren und 80% der Milch. Es ist klar, dass die Kleinbauern der Ukraine beeindruckende Leistungen erbrachten.

Nach dem Sturz der ukrainischen Regierung Anfang 2014 wurde der Weg für ausländische Investoren und die westliche Agrarindustrie geebnet, um den Agrar- und Lebensmittelsektor fest in die Hand zu nehmen. Zu den Reformen, die durch das von der EU unterstützte Darlehen an die Ukraine im Jahr 2014 in Auftrag gegeben wurden, gehörte eine landwirtschaftliche Deregulierung, die der ausländischen Agrarindustrie zugute kommen sollte. Veränderungen in der Rohstoff- und Bodenpolitik wurden entworfen, um die Übernahme riesiger Landflächen durch ausländische Unternehmen zu erleichtern.

Frederic Mousseau, politischer Direktor am Oakland Institute, erklärte damals, dass die Weltbank und der IWF die Absicht hätten, ausländische Märkte für westliche Unternehmen zu öffnen, und dass die hohen Einsätze um die Kontrolle des riesigen Agrarsektors der Ukraine, des weltweit drittgrößten Exporteurs von Mais und des fünftgrößten Exporteurs von Weizen, einen übersehenen kritischen Faktor darstellten. Er fügte hinzu, dass ausländische Konzerne in den letzten Jahren mehr als 1,6 Millionen Hektar ukrainisches Land erworben hätten.

Die westliche Agrarindustrie begehrt den ukrainischen Agrarsektor schon seit geraumer Zeit, lange vor dem Putsch. Das Land besitzt ein Drittel des gesamten Ackerlandes in Europa. Ein Artikel der Oriental Review aus dem Jahr 2015 stellte fest, dass seit Mitte der 90er Jahre die ukrainischen Amerikaner an der Spitze des amerikanisch-ukrainischen Wirtschaftsrates maßgeblich dazu beigetragen haben, die ausländische Kontrolle der ukrainischen Landwirtschaft zu fördern.

Im November 2013 entwarf die Ukrainische Agrarkonföderation eine Gesetzesänderung, die den globalen Agrarindustrieproduzenten zugute kommen würde, indem sie den weit verbreiteten Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut zulässt. Als GVO-Kulturen 2013 legal in den ukrainischen Markt eingeführt wurden, wurden sie nach verschiedenen Schätzungen auf bis zu 70% aller Sojabohnenfelder, 10-20% der Maisfelder und über 10% aller Sonnenblumenfelder angepflanzt (oder 3% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes).

Interessanterweise erwarb der Investitionsfonds Siguler Guff & Co 2015 eine 50%ige Beteiligung am ukrainischen Hafen von Illichivsk, der auf Agrarexporte spezialisiert ist.

Im Juni 2020 genehmigte der IWF ein 18-monatiges Darlehensprogramm mit der Ukraine in Höhe von 5 Milliarden US-Dollar. Laut der Website des Brettons Wood-Projekts verpflichtete sich die Regierung nach anhaltendem Druck der internationalen Finanzwelt zur Aufhebung des 19-jährigen Moratoriums für den Verkauf von staatseigenem Agrarland.

Die Weltbank nahm weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Verkauf von staatlichem Agrarland als Bedingungen in ein Ende Juni genehmigtes entwicklungspolitisches Darlehen an die Ukraine in Höhe von 350 Millionen Dollar (COVID-"Hilfspaket") auf. Dazu gehörte eine erforderliche "Vorabmaßnahme", um "den Verkauf von landwirtschaftlichem Land und die Verwendung von Land als Sicherheit zu ermöglichen".

Als Antwort darauf erklärte Frederic Mousseau kürzlich:

Das Ziel besteht eindeutig darin, die Interessen privater Investoren und westlicher Agrarunternehmen zu begünstigen... Es ist falsch und unmoralisch, wenn westliche Finanzinstitutionen ein Land in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage inmitten einer beispiellosen Pandemie zwingen, sein Land zu verkaufen".

Aber Moral hat damit wenig zu tun. Der Bericht vom September 2020 auf der Website grain.org "Barbaren in der Scheune: Private Equity beißt sich in die Landwirtschaft" zeigt, dass es keine Moral gibt, wenn es um den Profitzwang des Kapitalismus geht.

Private-Equity-Fonds - Geldpools, die Pensionsfonds, Staatsfonds, Stiftungsfonds und Investitionen von Regierungen, Banken, Versicherungsgesellschaften und vermögenden Privatpersonen nutzen - werden weltweit in den Landwirtschaftssektor injiziert. Mit diesem Geld werden landwirtschaftliche Betriebe billig gepachtet oder aufgekauft und zu großen Getreide- und Sojabohnenkonzernen nach amerikanischem Vorbild zusammengefasst. Der Artikel skizziert, wie Offshore-Steuerparadiese und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) die Ukraine ins Visier genommen haben.

Neben verschiedenen westlichen Regierungen investiert auch der Bill and Melinda Gates Foundation Trust, der das Stiftungsvermögen der Stiftung verwaltet, in privates Beteiligungskapital und nimmt Positionen in Landwirtschafts- und Lebensmittelunternehmen auf der ganzen Welt ein.

Grain stellt fest, dass dies Teil des Trends ist, dass die Finanzwelt - Banken, Fonds, Versicherungsgesellschaften und dergleichen - die Kontrolle über die Realwirtschaft, einschließlich Wälder, Wassereinzugsgebiete und ländliche Gebiete der Bevölkerung, gewinnt.

Abgesehen von der Entwurzelung von Gemeinschaften und dem Ergreifen von Ressourcen, um ein industrielles, exportorientiertes Landwirtschaftsmodell zu etablieren, verlagert dieser Prozess der "Finanzialisierung" die Macht in entlegene Sitzungssäle, die von Menschen besetzt sind, die keine Verbindung zur Landwirtschaft haben und die sich dort nur aufhalten, um Geld zu verdienen. Diese Fonds tendieren dazu, über einen Zeitraum von 10-15 Jahren zu investieren, was für die Investoren attraktive Renditen abwirft, können aber langfristig eine

Spur der ökologischen und sozialen Verwüstung hinterlassen und dazu dienen, die lokale und regionale Ernährungsunsicherheit zu untergraben.

Diese Finanzialisierung der Landwirtschaft führt ein Landwirtschaftsmodell fort, das den Interessen der Agrochemie- und Saatgutgiganten dient, darunter eines der weltweit größten Unternehmen, Cargill, das in fast allen Bereichen des globalen Agrobusiness tätig ist.

Das 155 Jahre alte Unternehmen, das immer noch als Privatunternehmen geführt wird, handelt mit dem Kauf und Vertrieb verschiedener landwirtschaftlicher Rohstoffe, züchtet Vieh und produziert Tierfutter sowie Lebensmittelzutaten für die Verwendung in verarbeiteten Lebensmitteln und für die industrielle Nutzung. Cargill verfügt auch über einen großen Finanzdienstleistungszweig, der für das Unternehmen die finanziellen Risiken auf den Rohstoffmärkten verwaltet. Dazu gehört Black River Asset Management, ein Hedge-Fonds mit Aktiva und Passiva in Höhe von etwa 10 Milliarden Dollar.

In einem kürzlich erschienenen Artikel auf der Uearthed-Website wurden Cargill und seine 14 Milliardäreigentümer beschuldigt, aus dem Einsatz von Kinderarbeit, der Zerstörung des Regenwaldes, der Verwüstung von angestammtem Land, der Verbreitung von Pestizideinsatz und -verschmutzung, kontaminierten Lebensmitteln, Antibiotikaresistenzen und der allgemeinen Gesundheits- und Umweltzerstörung Profit zu ziehen.

Als ob dies noch nicht schon besorgniserregend genug wäre, arbeitet die UNO-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation jetzt mit CropLife zusammen, einem globalen Handelsverband, der die Interessen von Unternehmen vertritt, die Pestizide, einschliesslich hochgefährlicher Pestizide (HHPs), herstellen und fördern.

In einer Pressemitteilung vom 19. November, die von PAN (Pesticide Action Network) Asia Pacific herausgegeben wurde, übergaben rund 350 Organisationen in 63 Ländern, die Hunderttausende von Landwirten, Fischern, Landarbeitern und anderen Gemeinschaften sowie Institutionen für Menschenrechte, religiöse, ökologische und wirtschaftliche Gerechtigkeit vertreten, dem FAO-Generaldirektor Qu Dongyu einen Brief, in dem sie ihn eindringlich aufforderten, die kürzlich angekündigten Pläne zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit CropLife International durch den Abschluss einer formellen Partnerschaft zu stoppen.

HHPs sind für eine Vielzahl verheerender Gesundheitsschäden bei Bauern, Landarbeitern und ländlichen Familien auf der ganzen Welt verantwortlich. Diese Chemikalien haben die Bestäuberpopulationen dezimiert und richten verheerende Schäden an der biologischen Vielfalt und den empfindlichen Ökosystemen an.

Marcia Ishii, leitende Wissenschaftlerin bei PAN North America, erläuterte die schwerwiegenden Auswirkungen der vorgeschlagenen Zusammenarbeit:

Unglücklicherweise scheint sich die Institution seit der Ankunft von Herrn Qu bei der FAO für eine tiefere Zusammenarbeit mit Pestizidfirmen zu öffnen, die eine solche Beziehung wahrscheinlich für die Blauwaschung, die Beeinflussung der Politikentwicklung und die Verbesserung des Zugangs zu globalen Märkten ausnutzen werden".

Sie fuhr fort:

Es ist keine Überraschung, dass die kürzlich ernannte stellvertretende Generaldirektorin der FAO, Beth Bechdol, mit einer Geschichte enger finanzieller Beziehungen zu Corteva (ehemals Dow/DuPont) zur FAO kommt".

Die FAO hat in den letzten Jahren ein Engagement für die Agrarökologie gezeigt, aber mit der Forderung nach einer unabhängigen FAO argumentiert Susan Haffmans von PAN Germany:

Die FAO sollte weder ihre Erfolge in der Agrarökologie noch ihre Integrität aufs Spiel setzen, indem sie mit genau jenem Industriezweig zusammenarbeitet, der für die Produktion hochgefährlicher Pestizide verantwortlich ist und dessen Produkte dazu beitragen, Menschen und ihre Umwelt weltweit zu vergiften".

Das hochrangige Expertengremium der UNO-FAO kommt im Juli 2019 zu dem Schluss, dass die Agrarökologie im Vergleich zur industriellen Landwirtschaft eine stark verbesserte Ernährungssicherheit sowie Vorteile in Bezug auf Ernährung, Geschlecht, Umwelt und Ertrag bietet.

Die agroökologischen Prinzipien stellen eine Abkehr vom reduktionistischen, ertragsreduzierenden, chemieintensiven industriellen Paradigma dar, das unter anderem zu einem enormen Druck auf die menschliche Gesundheit, den Boden und die Wasserressourcen führt. Die Agrarökologie basiert auf einem stärker integrierten Ansatz mit niedrigem Input für Ernährung und Landwirtschaft, der der lokalen Ernährungssicherheit, der lokalen Kalorienproduktion, den Anbaumustern und einer vielfältigen Nährstoffproduktion pro Hektar, der Stabilität des Grundwasserspiegels, der Klimaresistenz, einer guten Bodenstruktur und der Fähigkeit, mit sich entwickelnden Schädlingen und Krankheitsdrücken fertig zu werden, Vorrang einräumt.

Ein solches System wird durch ein Konzept der Ernährungssouveränität untermauert, das auf optimaler Selbstversorgung, dem Recht auf kulturell angemessene Nahrung und lokalem Eigentum und der Verwaltung gemeinsamer Ressourcen wie Land, Wasser, Boden und Saatgut beruht.

Dieses Modell stellt jedoch eine direkte Herausforderung für die Interessen der CropLife-Mitglieder dar. Da der Schwerpunkt auf der Lokalisierung und dem Einsatz landwirtschaftlicher Betriebsmittel liegt, erfordert die Agrarökologie keine Abhängigkeit von proprietären Chemikalien, Raubkopien von Saatgut und Wissen und auch keine langwierigen globalen Lieferketten.

Durch den Versuch, eine formelle Partnerschaft mit der FAO zu entwickeln, will CropLife seine Interessen weiter festigen und gleichzeitig das Engagement der FAO für die Agrarökologie entgleisen lassen. Dies wurde in jüngster Zeit deutlich, als der US-Botschafter bei der FAO, Kip Tom, die Agrarökologie angegriffen hat - und wie die Mitglieder von CropLife verewigt er den Mythos (der kürzlich von Dr. Jonathan Latham in dem neuen Buch "Rethinking Food and Agriculture" entlarvt wurde), dass eine Katastrophe droht, wenn wir das chemisch-industrielle Paradigma nicht akzeptieren.

Ob es nun darum geht, dass Bauern in Indien vor kurzem auf die Straße gingen, um gegen Gesetze zu protestieren, die den Sektor für ausländisches Agrarkapital, für den Landerwerb in der Ukraine oder für Kämpfe um Landrechte und Saatgutsouveränität (usw.) anderswo weit öffnen werden, es ist klar, dass eine kleine Kabale skrupelloser globaler Agrarindustrieriesen deregulierte Kapitalströme, Vertreibung der Bauern, Landerwerb und Entscheidungen, die auf internationaler und nationaler Ebene über IWE, Weltbank und WTO getroffen werden, vorantreibt und davon profitiert.

Das Netz, das der globale Kapitalismus webt, um nach neuen Profiten zu streben, neue Märkte zu erobern und gemeinsame Ressourcen (Commonwealth) zu kontrollieren, zerstört die Lebensgrundlagen der Bauern, die Umwelt und die Gesundheit unter dem Scheinanspruch, "die Welt zu ernähren".

Diejenigen Bauern, die die Profitstrategien der Enteignung und des Imperialismus überleben, sollen in ein System des Vertragsanbaus integriert werden, das von globalen Agrar- und Nahrungsmittelgiganten diktiert wird, die an ein ausbeuterisches Lebensmittelregime gebunden sind, das auf Marktabhängigkeit und Unternehmenskontrolle basiert. Ein Regime, das den Profit über die Sicherung der biologischen Vielfalt, gesunde Ernährung und die Umwelt stellt.

Quelle: [Dispossession and Imperialism Repackaged as 'Feeding the World'](#)